

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuss



Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO)

- Drucksachen 13/2800, 13/3150 und 13/3250

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Ausschusses für Schule und Weiterbildung

Berichterstatter Abg. Dr. Heinz-Jörg Eckhold CDU

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung - wird mit den aus dem Bericht ersichtlichen Änderungen angenommen.

Bericht

I. Beratungsverfahren

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat den Entwurf des Einzelplans 05 in Verbindung mit dem Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2003 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2003 - Drucksache 13/2802 - in seiner Sitzung am 2. Oktober 2002 und abschließend am 27. November 2002 beraten.

Zur Erläuterung der Etatansätze des Sach- und Personalhaushalts übersandte das Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung die Vorlage 13/1648. In die Beratung zur Schlussitzung am 27. November 2002 wurden auch die Erste und Zweite Ergänzung zum Haushaltsgesetz 2003 (Drucksachen 13/3150 und 13/3250 einbezogen).

Vor Eintritt in die Schlussberatung kritisierten CDU- und FDP-Fraktionen, die 2. Ergänzung hätte erst kurz vor der Sitzung vorgelegen, so dass eine Beratung innerhalb der Fraktionen noch nicht möglich gewesen sei. Es sei unverantwortlich und käme einer Entparlamentarisierung des Haushaltsrechts gleich, wenn die vollständigen Haushaltsunterlagen derartig kurzfristig zur Verfügung gestellt werden. Ein Antrag, die abschließende Haushaltsberatung zu vertagen, wurde durch die Koalitionsmehrheit abgelehnt, die für die Verlegung der Abstimmung keinen hinreichenden Grund sah.

Nach der Einführung in den Haushalt am 2. Oktober 2002 vereinbarten die Fraktionen, Nachfragen und weitergehende Beratungen von Haushaltsfragen vor Eintritt in die Behandlung der Änderungsanträge.

Dieses Verfahren wurde in der Schlussitzung durchgeführt.

Es wurde über die in der Anlage dargestellten Änderungsanträge abgestimmt, nachdem die antragstellenden Fraktionen zuvor bei Bedarf ergänzend erläuterten. Soweit erforderlich, werden weitergehende Beratungen bzw. wesentliche zusätzliche Begründungen zu Änderungsanträgen nachfolgend aufgeführt. Im Übrigen wird auf die Ausführungen im Ausschuss-Protokoll verwiesen.

II. Anträge

1. Sachhaushalt

Lfd. Nr. 1 Kapitel 05 010

Die SPD-Fraktion merkte an, in dem Ansatz seien auch Kosten für Material an Schüler und Eltern enthalten, die nicht über einen Internetzugriff verfügten. Der Ansatz sollte deshalb nicht gekürzt werden.

Lfd. Nr. 2 Kapitel 05 020

Die FDP-Fraktion ergänzte ihre schriftliche Begründung darin, dass es so gut wie keine Hochbegabtenförderung im Lande gäbe, ebenso keine qualifizierte Ausbildung von Lehrkräften für diesen Personenkreis

Lfd. Nr. 6 Kapitel 05 300

Die FDP-Fraktion möchte mit der Ansatzserhöhung außerdem erreichen, dass niemand mehr eine Verzichtserklärung an den Dienstherrn abgeben soll. Denn dies sei kein sozial anständiger Umgang mit Beschäftigten.

Lfd. Nr. 10 Kapitel 05 300

Die CDU-Fraktion ergänzte, der neue Titel beziehe sich auf alle Schulformen gleichermaßen.

Lfd. Nr. 11 Kapitel 05 300

Die CDU-Fraktion betonte, sie halte die Tendenz des Antrages für richtig, wolle sich aber hinsichtlich des Bereichs der Finanzausstattung der Kommunen noch beraten; deshalb Enthaltung.

2. Personalhaushalt

Lfd. Nr. 6 Kapitel 05 310 ff

- Stellenplanung für Muttersprachlichen Unterricht

Die FDP-Fraktion erläuterte zusätzlich, in diesem Bereich müsse von einer Kürzung abgesehen werden. Es gelte, Schwerpunkte richtig zu setzen. Aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse sollte keine Konkurrenz zwischen dem Erlernen von Sprachen eingerichtet werden. Im Übrigen gäbe es Probleme für die Lehrkräfte hinsichtlich der Planungssicherheit.

Die Fraktion B 90/GRÜNE bedauerte den Kürzungsansatz ebenfalls. Es werde in Kürze ein Entschließungsantrag vorbereitet, wie Erst- und Muttersprachlicher Unterricht sicherzustellen seien. Aufgrund der knappen Haushaltsmittel konnte bisher noch kein seriöser und nachhaltiger Finanzierungsplan entwickelt werden.

Die SPD Fraktion betonte, es sei eine neue Konzeption mit Konsequenzen für die Ansiedlung des Muttersprachlichen Unterrichts erforderlich. Man wolle das Problem nach Möglichkeit gemeinsam lösen. Im Übrigen gäbe es im Haushalt 3.500 Stellen für Integrationsaufgaben, zu denen auch Sprachförderung gehöre.

Die CDU Fraktion hob hervor, sie wolle nicht bei den Ärmsten der Armen sparen. Sie bleibe bei ihrer Erklärung zur gemeinsamen Integrationsoffensive. Die Stellenstreichung sei ein politischer Offenbarungseid. Es wäre eigentlich ehrlicher zu sagen, dass die Mittel an dieser Stelle nicht ausreichen.

III. Gesamtabstimmung

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmte dem Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung - in der Fassung der beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP zu.

Dr. Heinz-Jörg Eckhold
Vorsitzender

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05
im Ausschuss für Schule und Weiterbildung
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1917

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	Kapitel 05 010 Titel 511 10 011 Ministerium Herstellungs- und Versandkosten für die Bekanntgabe von Vorschriften, Richtlinien und Empfehlungen im Schulbereich Ansatz lt. HH 263.300 € Reduzierung des Ansatzes von 245.000 Euro um 95.000 Euro auf 150.000 Euro <u>Begründung:</u> Diese Mittel können durch kostengünstigere Produktion und Versendung via Internet eingespart werden.	SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein abgelehnt

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05
im Ausschuss für Schule und Weiterbildung
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1917

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	FDP	Kapitel 05 020 Allgemeine Bewilligungen Titelgruppe 90 Aus- (und Fort)bildung der Bediensteten Titel 547 90 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben Ansatz lt. HH 2002 13.349.000 Euro Erhöhung des Ansatzes von 12.069.000 Euro um 8.000.000 Euro auf 20.069.000 Euro Neuer Haushaltsvermerk: 1. Im Umfang von 17.690.000 € sind die Mittel für die Lehrerfortbildung im Bereich der Neuen Medien bestimmt. 2. Im Umfang von 2.500.000 € sind die Mittel zur Lehrerfortbildung für den Unterricht mit hochbegabten Schülern bestimmt.	SPD CDU FDP GRÜNE abgelehnt nein ja ja nein

Anlage zu Vorlage 13/1917

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<u>Begründung:</u> Begründung: Zusätzlich zur Ausstattung der Schulen mit neuen Medien muß ausreichend qualifiziertes Lehrpersonal zur Vermittlung von Medienkompetenzen eingesetzt werden. Nur durch einen flächendeckenden Einsatz neuer Medien an Schulen und qualifizierter Lehrkörper können auch alle Schüler an den Schulen in NRW im Umgang mit Neuen Medien unterrichtet werden. Weiteres Ziel muß die umfassende Förderung hochbegabter Kinder und Jugendlicher sein. Zur Umsetzung dieser bedarf es einer entsprechenden Qualifizierungsmaßnahme von Lehrern in ausreichender Zahl. Die zusätzlichen Mittel dienen der Qualifizierung der Lehrerausbilder sowie der Lehrer auf dem Gebiet der Hochbegabtenförderung.	

))

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05
im Ausschuss für Schule und Weiterbildung
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1917

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	FDP	Kapitel 05 020 Titel 685 61 Allgemeine Bewilligungen e-initiative NRW Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland Ansatz lt. HH 2002 7.158.100 Euro Erhöhung des Ansatzes von 3.973.000 Euro um 5.028.000 Euro auf 9.000.000 Euro Begründung: Die Erläuterung zu Titelgruppe 61 sieht vor: „Die Bildungseinrichtungen des Landes sollen unterstützt werden, eine umfassende Medienkompetenz zum selbstorganisierten Lernen mit Medien zu vermitteln.“ Dabei soll das Lernen mit neuen Medien vor allem in Schulen flächendeckend gefördert werden.“ Diese Aussage ist zu unterstreichen, jedoch wird eine flächendeckende Förderung neuer Medien im Unterricht nicht alleine durch den jetzigen finanziellen Ansatz der e-initiative ermöglicht. Auch die Schulpauschale lässt, bedingt durch den Sanierungsstau an NRW's Schulen sowie die Finanzknappheit der Kommunen, keine hinreichenden Investitionen in diesen Bereich zu.	SPD nein CDU nein FDP ja GRÜNE nein abgelehnt

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05
im Ausschuss für Schule und Weiterbildung
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1917

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	FDP	Kapitel 05 020 – Allgemeine Bewilligungen - Hier: Besondere Finanzierungsausgaben Neue Titelgruppe: Hochbegabtenförderung Neuer Baransatz : 1.000.000 Euro Vermerke: 1. Die Mittel sind für Gutachterfähigkeiten, Personalausgaben, Sachmittelausgaben, Fachtagungen und Personalkosten für die wissenschaftliche Begleitung von Schulversuchen und die Einrichtung eines wissenschaftlichen Lehrstuhls für Hochbegabtenpädagogik bestimmt. 2. Die Mittel der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. Begründung: Ein Ziel der Bildungspolitik sollte die Förderung hochbegabter Kinder und Jugendlicher sein. Im Rahmen der Umsetzung eines entsprechenden Konzeptes zur Hochbegabtenförderung in NRW bedarf es hierzu auch der Erstellung bzw. des Erwerbs geeigneter Lehr- und Lernmittel sowie der Erarbeitung methodisch-didaktischer Unterrichtskonzepte für den Unterricht mit hochbegabten Schülern.	SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein abgelehnt

Anlage zu Vorlage 13/1917

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		Gleichzeitig müssen die Rahmenbedingung für die Ausbildung qualifizierten Lehrpersonals geschaffen werden. Daher sollte ein wissenschaftlicher Lehrstuhl für Hochbegabtenpädagogik eingerichtet werden.	

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05
im Ausschuss für Schule und Weiterbildung
Sowie Wissenschaft und Forschung
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1917

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	FDP	Kapitel 05 030 Titel 632 10 Überregionale Finanzierungen Anteil des Landes an den Kosten der Einrichtungen der Kultusministerkonferenz Ansatz lt. HH 2002 4.104.000 Euro Reduzierung des Ansatzes von 4.105.900 Euro um 2.000.000 Euro auf 2.105.900 Euro <u>Begründung:</u> Die Kultusministerkonferenz hat sich in den Jahren seit ihrer Gründung zu einer hochbürokratischen Institution entwickelt. Obgleich Bildung föderalistische Aufgabe ist, untermauert die Tatsache, dass allein das Sekretariat der KMK für das Jahr 2003 einen Stellenbedarf von 190 aufweist, die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform der Organisation und Arbeitsweise der KMK.	SPD nein CDU nein FDP ja GRÜNE nein abgelehnt

Anlage zu Vorlage 13/1917

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		Grundsätzlich muß am Föderalismus festgehalten werden. Ein Wettbewerb der Länder um die beste Bildung muß stattfinden. Leider hat die KMK in der Vergangenheit versagt. Seit Jahren fällt Deutschland im internationalen Bildungswettbewerb zurück. Geschehen ist viel zu wenig. Aus diesem Grund muß die KMK in der heutigen unbeweglichen und überbürokratisierten Form reformiert werden.	

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05
im Ausschuss für Schule und Weiterbildung
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1917

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	FDP	Kapitel 05 300 – Schulen gemeinsam - Hier: Sächliche Verwaltungsausgaben Titel 527 01 Reisekostenvergütungen für Schulwanderungen und Schulfahrten Erhöhung des Ansatzes Ansatz lt. HH 2002 2.377.500 Euro von 2.086.700 Euro um 320.000 Euro auf 2.406.700 Euro <u>Begründung:</u> Der Ansatz ist seit Jahren nicht mehr erhöht wurden und soll laut Entwurf nun gekürzt werden. Die vorgesehene Erhöhung schafft einen Inflationsausgleich.	SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein abgelehnt

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05
im Ausschuss für Schule und Weiterbildung
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1917

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	CDU	Kapitel 05 300 Titel 527 30 Schulen gemeinsam Reisekostenvergütung für Schulwanderungen und Schulfahrten Ansatz lt. HH 2.377.500 € Erhöhung des Ansatzes von 2.086.700 Euro um 95.000 Euro auf 2.181.700 Euro <u>Begründung:</u> Um die Ausbildung in der Schule durch praktische Anschauung zu ergänzen, ist die Erhöhung notwendig. Auch wird durch Schulfahrten die soziale Kompetenz und das Zusammen der Klasse gestärkt. Zudem ist der Ansatz entsprechend den steigenden Schülerzahlen anzupassen.	SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein abgelehnt

))

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05
im Ausschuss für Schule und Weiterbildung
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1917

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	FDP	Kapitel 05 300 Schulen gemeinsam Titel 633 70 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände Ansatz lt. HH 2002 Erhöhung des Ansatzes/ 41.250.000 Euro 17.674.000 Euro 58.924.000 Euro 36.199.400 Euro <u>Begründung:</u> Erhöhung um 3.000.000 € sowie Bündelung der Mittel aus Epl. 11 an dieser Haushaltsstelle; pauschale Verausgabung an die Kommunen mit festgelegten Standards.	SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein abgelehnt

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05
im Ausschuss für Schule und Weiterbildung
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1917

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9	SPD / Bündnis 90/Die Grünen	Kapitel 05 300 Titelgruppe 82 Schulen gemeinsam Innovationsfonds für Schule (hier: GÖS Ansatz lt. HH 2002 Erhöhung des Ansatzes von 3 202 000 Euro um 400 000 Euro auf 3 602 000 Euro Begründung: Die im UT 1 "Öffnung von Schulen" (GÖS-Programm) veranschlagten Mittel in Höhe von 500 000 € werden um 400 000 € erhöht. Das Landesförderprogramm leistet einen wesentlichen Beitrag zur Schulentwicklung und bei der Zusammenarbeit der Schulen mit außerschulischen Partnern.	SPD ja CDU ja FDP nein GRÜNE ja angenommen

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05
im Ausschuss für Schule und Weiterbildung
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1917

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10	CDU	Kapitel 05 300 Schulen gemeinsam Neuer Titel: Einführung eines flächendeckenden und bedarfsgerechten Ganztagschulkonzeptes Neuer Ansatz: 35.000.000 € <u>Begründung:</u> Die im Haushaltsentwurf 2003 veranschlagten Mittel werden ausschließlich für Betreuungsangebote auf niedrigem Niveau veranschlagt. Die geforderten Mittel werden zur Finanzierung eines flächendeckenden Ganztagschulkonzeptes benötigt. Die ausgebrachten Mittel werden als erste Finanzierungsrate in den Haushaltsplan aufgenommen.	SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein abgelehnt

))

Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuss für Kommunalpolitik sowie Schule und Weiterbildung
zum Haushaltsgesetz 2002

Einzelplan 05

Personalhaushalt/Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1917

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
11	FDP	Kapitel 05 300 Schulen gemeinsam Neuer Titel: Zur Verstärkung der Mittel der GFG-Schulpauschale in § 18 GFG Neuer Baransatz: 175.000.000 € Haushaltsvermerke: 1. 175.000.000 € sind zur Aufstockung der Schulpauschale vorgesehen. <u>Begründung:</u> Im Rahmen der neuen Gemeindefinanzierung müssen alle Schulträger in die Lage versetzt werden, ihre Bildungseinrichtungen modern auszustatten und die Gebäude instand zu setzen. Aufgrund der finanziellen Engpässe in den Städten und Gemeinden soll die	SPD nein CDU Enthaltung FDP ja GRÜNE nein abgelehnt

))

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05
im Ausschuss für Schule und Weiterbildung
zum Haushaltsgesetz 2003**

Personalhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1917

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	SPD/Bündnis90 /Grüne	Kapitel 05 300 Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richteerinnen und Richter Ausbringung eines weiteren Haushaltsvermerks 7. Soweit in den Kapiteln 05 300 bis 05 410 Planstellen und Stellen nicht besetzt werden können, dürfen diese bis zum Ende des Schuljahres für die befristete Beschäftigung von Aushilfskräften für Unterricht unterstützende oder ergänzende Angebote genutzt werden. <u>Begründung:</u> Der Vermerk sorgt für eine größere Flexibilität an den Schulen und besseren Mittelabfluss	SPD ja CDU ja FDP nein GRÜNE ja angenommen

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05
im Ausschuss für Schule und Weiterbildung
zum Haushaltsgesetz 2003
Personalhaushalt**

Anlage zu Vorlage 13/1917

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	FDP	Kapitel 05 300 – Schulen gemeinsam Hier: Personalausgaben Titel 427 20 - Vergütungen für Aushilfen - Minderung des Baransatzes Von: 102 935 900 € Um: 102 935 900 € Auf: 0 € Haushaltsvermerk: 1. Die freiwerdenden Mittel sind vollständig in Kapitel 20 020, Titel 461 10 (Vermerk 1) einzustellen und zur Verstärkung der Lehrer-Stellenreserve bestimmt. <u>Begründung:</u> Das Programm „Geld statt Stellen“ ist zu streichen. Es ist für die Unterrichtsversorgung weder qualitativ gut noch ausreichend. Es stellt einen bürokratisch großen Aufwand dar und führt für die Schülerinnen und Schüler zu einem ständigen Wechsel der Bezugspersonen.	SPD CDU FDP GRÜNE abgelehnt nein nein ja nein

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05
im Ausschuss für Schule und Weiterbildung
zum Haushaltsgesetz 2003**

Personalhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1917

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	CDU	Kapitel 05 300 Titel 427 20 Schulen gemeinsam Vergütung Aushilfen Ansatz lt. HH 132.935.900 € Reduzierung des Ansatzes von 102.935.900 Euro um 51.467.950Euro auf 51.467.950Euro Begründung: Die neu eingerichtete Stellenreserve ab dem Schuljahr 2003/2004 ersetzt das Programm „Geld statt Stellen“, das ab dem Schuljahr 2003/2004 gestrichen wrd. Das zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehende Geld aus dem Programm „Geld statt Stellen“ von 51.467.950 Mio. Euro wird zum Einstieg in die Stellenreserve zur Verfügung gestellt.	SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein abgelehnt

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05
im Ausschuss für Schule und Weiterbildung
zum Haushaltsgesetz 2003**

Personalhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1917

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	CDU	Kapitel 05 300 Schulen gemeinsam Einrichtung eines neuen Titels Neuer Ansatz: Zur Schaffung einer Stellenreserve von 3.950 Stellen ab dem Schuljahr 2003/2004 werden zusätzlich 94 Mio. ausgebracht. Ansatz lt. HH 0 € <u>Begründung:</u> Das Instrument „Geld statt Stellen“ hat die Stellenreserve nicht ersetzen können. Zur Garantie des Unterrichts ist die Wiedereinrichtung einer Stellenreserve unumgänglich. Diese soll ab dem Schuljahr 2003/04 errichtet werden. Hierzu wird das bisherige Programm „Geld statt Stellen“ sowie 1.350 in den Einzelplänen linear eingesparte Stellen verwandt.	SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein abgelehnt

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05
im Ausschuss für Schule und Weiterbildung
zum Haushaltsgesetz 2003**

Personalhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1917

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	FDP	Kapitel 05 300 Hier: Neuer Titel 427 ... Schulen gemeinsam Personalausgaben Vergütungen für Lehrer-Dienstjubiläen Kapitel Neuer Haushaltsansatz 1 500 000 Euro <u>Begründung:</u> In vielen Berufsfeldern ist es üblich, Arbeitnehmern für langjährige berufliche Tätigkeit eine Jubiläumsprämie als Zeichen der Anerkennung ihrer Mitarbeit zu gewähren. Andere Bundesländer haben eine solche Prämie auch für Lehrer – wie vor einigen Jahren in NRW noch üblich – wieder eingeführt. Eine Jubiläumsprämie stellt einen positiven Anreiz dar, der zudem motivierend auf die Lehrer wirken kann.	SPD nein CDU nein FDP ja GRÜNE nein abgelehnt

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05
im Ausschuss für Schule und Weiterbildung
zum Haushaltsgesetz 2003**

Personalhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1917

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	FDP	Kapitel 05 310/05 320/05 330/05 340/05 380 Öffentliche Grund-, Haupt-, Realschulen, Gymnasien sowie Gesamtschulen Hier: Stellenplanung für Muttersprachlichen Unterricht Die Streichung von insgesamt 450 Stellen für die Erteilung Muttersprachlichen Unterrichts an den verschiedenen öffentlichen Schulformen wird rückgängig gemacht. Begründung: Der Landtag hat vergangenen Jahres in der Integrationsoffensive einstimmig beschlossen, dass biculturelle Fähigkeiten sowie die Zweisprachigkeit der Kinder und Jugendlichen im Rahmen der schulischen Ausbildung künftig besser gefördert und das Konzept des Muttersprachlichen Unterrichtes weiterentwickelt werden soll. Eine Kürzung des Muttersprachlichen Unterrichtes ist uns daher völlig unverständlich.	SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein abgelehnt

Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage an den Haushalts- und
Finanzausschuss des Landtags
Anlage zu den Vorlagen 13/1917
13/1918

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2003

Einzelplan 05: Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung

Anlage: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Einzelplan 05: Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf EUR	mehr/weniger EUR	neuer Ansatz EUR
05 100	Hochschulen Allgemein			
TGr. 62	Frauenförderung <i>Haushaltsvermerke zur Titelgruppe unverändert.</i> Ergänzung der Erläuterungen zur Titelgruppe: ... c) Personal- und Sachausstattung für die Wahrnehmung der Aufgaben von Gleichstellungsbeauftragten in Hochschulen (ausschließlich Landes- aufgabe."			
429 62	Personalausgaben Ergänzung der Erläuterungen zum Titel:", davon 15.000 EUR für die Aufgaben zur Unterstützung der Koordinierung der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten in Hochschulen in der LAKOF sowie 61.000 EUR für die Arbeit der Koordinationsstelle Netzwerk Frauenforschung NRW "	69.300	+ 275.000	344.300
547 62	Sächliche Verwaltungsausgaben Ergänzung der Erläuterungen zum Titel:", davon 10.000 EUR für die Aufgaben zur Unterstützung der Koordinierung der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten in Hochschulen in der LAKOF sowie 15.000 EUR für die Arbeit der Koordinationsstelle Netzwerk Frauenforschung NRW "	52.800	+ 250.000	302.800
686 62	Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	1.106.000	+ 250.000	1.356.000
TGr. 90	Studienreform 2000 plus <i>Haushaltsvermerke und Erläuterungen zur Titelgruppe unverändert.</i>			
429 90	Sonstige Personalausgaben	3.100.000	+ 900.000	4.000.000
547 90	Sächliche Verwaltungsausgaben	3.200.000	+ 500.000	3.700.000

Einzelplan 05: Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf EUR	mehr/weniger EUR	neuer Ansatz EUR
05 300	Schulen gemeinsam			
422 01	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter <i>Haushaltsvermerke 1 bis 6 unverändert</i> Neuer Haushaltsvermerk Nr. 7: Soweit in den Kapiteln 05 300 bis 05 410 Planstellen und Stellen nicht besetzt werden können, dürfen diese bis zum Ende des Schuljahres für die befristete Beschäftigung von Aushilfskräften für Unterricht unterstützende oder ergänzende Maßnahmen genutzt werden.			
TGr. 82	Innovationsfonds für Schule <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>			
633 82	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Verpflichtungsermächtigung unverändert</i>	2.475.000	+ 400.000	2.875.000
	<u>Erläuterung zu Titelgruppe 82:</u> 1. Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule (GÖS) (bisher 602.000 €) 1.002.000 € 2.			
	Summe TGr. 82	3.202.000	+ 400.000	3.602.000
	Einzelplanabschluss:			
	Gesamteinnahmen	1.043.224.200	-	1.043.224.200
	Gesamtausgaben	16.815.045.700	2.575.000	16.817.620.700
	Verpflichtungsermächtigung	602.195.700	-	602.195.700

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2003

Einzelplan 05: Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung

Anlage: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Einzelplan 05: Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf EUR	mehr/weniger EUR	neuer Ansatz EUR
05 100	Hochschulen Allgemein			
TGr. 62	Frauenförderung <i>Haushaltsvermerke zur Titelgruppe unverändert.</i>			
	Ergänzung der Erläuterungen zur Titelgruppe: "c) Personal- und Sachausstattung für die Wahrnehmung der Aufgaben von Gleichstellungsbeauftragten in Hochschulen (ausschließlich Landes- aufgabe."			
429 62	Personalausgaben	69.300	+ 275.000	344.300
	Ergänzung der Erläuterungen zum Titel: ", davon 15.000 EUR für die Aufgaben zur Unterstützung der Koordinierung der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten in Hochschulen in der LAKOF sowie 61.000 EUR für die Arbeit der Koordinationsstelle Netzwerk Frauenforschung NRW "			
547 62	Sächliche Verwaltungsausgaben	52.800	+ 250.000	302.800
	Ergänzung der Erläuterungen zum Titel: ", davon 10.000 EUR für die Aufgaben zur Unterstützung der Koordinierung der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten in Hochschulen in der LAKOF sowie 15.000 EUR für die Arbeit der Koordinationsstelle Netzwerk Frauenforschung NRW "			
686 62	Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	1.106.000	+ 250.000	1.356.000
TGr. 90	Studienreform 2000 plus <i>Haushaltsvermerke und Erläuterungen zur Titelgruppe unverändert.</i>			
429 90	Sonstige Personalausgaben	3.100.000	+ 900.000	4.000.000
547 90	Sächliche Verwaltungsausgaben	3.200.000	+ 500.000	3.700.000

Einzelplan 05: Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf EUR	mehr/weniger EUR	neuer Ansatz EUR
05 300	Schulen gemeinsam			
422 01	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter <i>Haushaltsvermerke 1 bis 6 unverändert</i> <i>Neuer Haushaltsvermerk Nr. 7:</i> Soweit in den Kapiteln 05 300 bis 05 410 Planstellen und Stellen nicht besetzt werden können, dürfen diese bis zum Ende des Schuljahres für die befristete Beschäftigung von Aushilfskräften für Unterricht unterstützende oder ergänzende Maßnahmen genutzt werden.			
TGr. 82	Innovationsfonds für Schule <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>			
633 82	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Verpflichtungsermächtigung unverändert</i>	2.475.000	+ 400.000	2.875.000
	<u>Erläuterung zu Titelgruppe 82:</u> 1. Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule (GÖS) (bisher 602.000 €) 1.002.000 € 2.			
	Summe TGr. 82	3.202.000	+ 400.000	3.602.000
	Einzelplanabschluss:			
	Gesamteinnahmen	1.043.224.200	-	1.043.224.200
	Gesamtausgaben	16.815.045.700	2.575.000	16.817.620.700
	Verpflichtungsermächtigung	602.195.700	-	602.195.700